

„Abgesandelt“? Wie steht es um den Wirtschaftsstandort Österreich?

1. Einleitung	36
2. Klagen ohne zu leiden?	37
3. Makroökonomische Daten zur Standortperformance Österreichs	43
3.1 Pro-Kopf-Einkommen	43
3.2 Arbeitslosigkeit und Beschäftigung	45
3.3 Außenhandel	47
3.4 WIFO: Österreichs Wirtschaft im Rückstand?	47
4. Internationale Studien zur Wettbewerbsfähigkeit von Staaten	48
5. Zu einzelnen Themen der österreichischen Standortdebatte	52
5.1 Steuern zu hoch?	53
5.2 Lohnnebenkosten, Arbeitskosten und Lohnstückkosten	55
5.3 Flexibilisierung der Arbeitszeit	58
6. Standortpolitischer Handlungsbedarf	60
6.1 Berufliche Bildung	61
6.2 Wissens-, Forschungs- und Innovationsbasis	62
6.3 Kultur der Ermöglichung, Unternehmensgründung, Regulierung	63

Manfred Eder

1974–1992 Mitarbeiter der AK OÖ, u.a. Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik und Geschäftsführer des ISW und von 1992–2009 Geschäftsführer der OÖ. Technologie- und Marketinggesellschaft „TMG“

Auszug aus WISO 4/2015

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Volksgartenstraße 40

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43 (0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@isw-linz.at

Internet: www.isw-linz.at

1. Einleitung

Vertreter der Industrie und Medien beklagen nun schon seit Jahren die schwindende Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich. Eine der Grundlagen für das Standortlamento sind verschiedene Reports über die Wettbewerbsfähigkeit von Nationen. Im jüngsten Bericht des World Economic Forums „The Global Competitiveness Report 2015-2016“ hat sich die Position Österreichs gegenüber 2013-2014 von der 21. Stelle auf die 23. Stelle verschlechtert. Dies wurde wie folgt kommentiert: „Österreich verliert als Wirtschaftsstandort zunehmend an Boden“ und „rutscht weiter im Standort-Ranking ab“ (Börse Express, 30.9.2007).¹

*Standortkritik
weit überzogen*

„Österreich als Standort weiter auf Talfahrt“ (Der Standard, 30. September 2015). Die teilweise massive Kritik an den Standortbedingungen ist weit überzogen und hat negative Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit von Unternehmen. Die Stimmung ist deutlich schlechter als die Lage. Der Wirtschaftsstandort Österreich wird kaputtgeredet. Diese „kollektive Depression“ gibt Anlass zur Sorge. Zudem gibt es eine Rückkoppelung in diese Standortstudien, deren Ergebnisse zu einem nicht unwesentlichen Teil auf der Befragung von Entscheidungsträgern in Unternehmungen beruhen. Die negative Diskussion findet ihren Niederschlag in der Standortbeurteilung der befragten Manager und verschlechtert die Position Österreichs im Ranking.

Es gibt tatsächlich Schwächen in der makroökonomischen Performance der Alpenrepublik.² Österreich hat bezüglich des Wirtschaftswachstums die Überholspur verlassen und die Arbeitslosigkeit ist gestiegen. Vor allem gegenüber dem mit Abstand wichtigsten Handelspartner Deutschland hat Österreich an Boden verloren. Diese Entwicklung ist eine Herausforderung für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.

Österreich ist aber nach wie vor ein guter und wettbewerbsstarker Unternehmensstandort. Die Arbeitskosten und Lohnstückkosten in der österreichischen Industrie lagen 2013 um rund 15 Prozent unter denen Deutschlands.³ Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit ist gegeben. Die Höhe der Lohnnebenkosten wird durch die Einbeziehung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes im internationalen Vergleich überschätzt. Es gibt aber kaum direktere Verdienste als

die gänzlich oder weitgehend steuerfreien 13. und 14. Bezüge. Das österreichische Arbeitsrecht ermöglicht ein hohes Maß an Flexibilität. Voraussetzung ist ein fairer Interessenausgleich zwischen den Interessen der Unternehmen und denen der Arbeitnehmer. Modelle, die auf den völlig flexiblen Arbeitnehmer und die Vermeidung von Überstundenzuschlägen abzielen, werden von den Arbeitnehmern und deren Interessenvertretern zu Recht abgelehnt.

österreich. Arbeitsrecht ermöglicht hohes Maß an Flexibilität

ÖGB und AK haben größtes Interesse an guten Standortbedingungen und einer konkurrenzfähigen Industrie. Dies kann und darf aber nicht über Lohndumping und den Abbau von Sozialleistungen angestrebt werden. Viel wichtiger sind ein effizientes System der beruflichen Bildung mit einer Schwerpunktverlagerung in Richtung Technik und Naturwissenschaften sowie die Forcierung von Forschung und Innovation im betrieblichen und öffentlichen Bereich. Es bedarf auch der Förderung einer Kultur der Ermöglichung und einer positiven Industriegesinnung der Bevölkerung.

2. Klagen ohne zu leiden?

Die Diskussion über den Wirtschaftsstandort Österreich wird von Vertretern der Industrie, aber auch von Bankmanagern mit dem Hinweis auf die Möglichkeit bzw. Notwendigkeit einer Verlagerung von Investitionen und Standorten ins Ausland begleitet. Interessanterweise bilden Manager erfolgreicher Unternehmungen die Speerspitze der Kritik. Österreich und das Industrieland Oberösterreich verfügen erfreulicherweise über eine große Zahl innovativer, flexibler und international erfolgreicher Unternehmen. Diese haben auch in und nach der größten Wirtschaftskrise seit der „Großen Depression“ der 30er-Jahre ihre Konkurrenzstärke unter Beweis gestellt. Nur wenige, wie der AMAG-Chef Helmut Wieser, sagen (wie lange noch?) offen, dass die Standortbedingungen für sie gut sind. Binnen fünf Jahren wird die AMAG bis 2017 rund 530 Millionen Euro investiert und um 400 Beschäftigte mehr haben (Wirtschaftsblatt 19.9.2015).⁴

Speerspitze der Kritik

BMW hat in Steyr bereits über 4000 Beschäftigte und seit 1978 insgesamt 5,6 Mrd. Euro am Standort investiert. Vor allem in den

letzten Jahren fährt das Werk auf Rekordniveau. Auch bei der Flexibilität der Arbeitszeit ist das BMW-Werk Steyr Trendsetter. Insgesamt gibt es rund 300 verschiedene Arbeitszeitmodelle. Mit dem „Bandbreitenmodell mit wechselnder Schichtdauer“ wurde am Standort Steyr gemeinsam mit den Arbeitnehmervertretern ein Paradigmenwechsel im Produktionsbereich realisiert. In einem Gespräch mit dem Magazin „Die Macher“ stellte er fest, dass „das Einzigartige am Standort die Flexibilität ist.“⁴⁵ Die Aufzählung international erfolgreicher österreichischer Unternehmen könnte nahezu beliebig fortgesetzt werden. Wie sind diese erfreulichen Erfolge auf den internationalen Märkten trotz der behaupteten Standortsschwächen möglich?

*Kritik der
Industriellen-
vereinigung*

Die **Industriellenvereinigung** (IV) und allen voran Generalsekretär Mag. Neumayer feuern in der Standortdebatte aus allen Rohren. Vor allem gegen die AK Oberösterreich und deren Präsidenten Johann Kalliauer. Es geht dabei um die ÖGB/AK-Forderung nach Vermögenssteuern, Arbeitszeitverkürzung und 6 Wochen Mindesturlaub für alle Arbeitnehmer ab 25 Dienstjahren sowie die Erhöhung der Mindestlöhne. Die folgenden Zitate stammen aus Pressemitteilungen der IV vom 31.8. 2015 bis 5.9.2015:

„Seit vielen Jahren sinke die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Österreich stetig ... die Folgen davon seien mittlerweile am Arbeitsmarkt massiv zu spüren: Die Zahl der Arbeitslosen steigt Monat für Monat in Österreich an, während die Arbeitslosigkeit sowohl in der Eurozone als auch in der EU insgesamt deutlich zurückgeht – wir liegen bei der Arbeitslosenquote nur noch auf Platz 6. Es brauche daher dringend eine Trendumkehr ... Eines unserer größten Probleme als Beschäftigungs- und Wirtschaftsstandort ist die überdurchschnittlich hohe Belastung bei den Lohnnebenkosten. Hier brauchen wir rasch eine deutlich spürbare Entlastung.“

Es „fehlt der Mut für ambitionierte Strukturreformen...die Lohnkosten sind zu hoch ... die Flexibilisierung der Arbeitszeitregelung sei notwendig ...“.

Gebetsmühlenartig wird von der IV, aber auch der ÖVP die raschere Angleichung des Pensionsalters der Frauen an das der Männer (im Verfassungsrang beschlossen ist 2024 bis 2033)

gefordert. Die Begründung, weil „gerade in den letzten Berufsjahren viele Karriereschritte erfolgen“, ist purer Zynismus (IV, Presseaussendung vom 15.7.2015).

Für die AK hat die IV einige Unfreundlichkeiten parat. „Die AK-Forderungen nach Vermögenssteuern und Arbeitszeitverkürzung sind ein Job-Vernichtungsprogramm ... Klassenkampfparolen schaffen keinen Arbeitsplatz ... In Zeiten steigender Arbeitslosigkeit immer wieder noch mehr Freizeit bei noch mehr Löhnen und noch mehr Steuern zu fordern ist entweder reine Realitätsverweigerung oder offensichtliche Wählertäuschung. ÖGB und AK sollten sich hier dringend von ideologischen Träumereien verabschieden und endlich mit der Zukunft beschäftigen ... Die AK OÖ betreibt weiterhin Realitätsverweigerung mit einer ‚Ich mach’ mir die Welt wie sie mir gefällt-Strategie‘ ... Aussagen und Forderungen machen fehlende Standortkompetenzen der AK OÖ erneut deutlich ... Auch fachlich dürfte sich die AK OÖ nicht auf der Höhe der Zeit befinden.“ Soweit die Botschaft eines „Sozialpartners“. Man gewinnt den Eindruck, dass die IV die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit vor allem über die Senkung der Arbeitskosten und der Unternehmenssteuern erreichen will! Interessanterweise sind bei den oft zitierten Standortstudien Länder wie Schweden, Dänemark, Finnland und auch Deutschland im Spitzenfeld, obwohl diese hohe Abgabenquoten und hohe Arbeitskosten aufweisen. Auch die internationalen Markt- und Technologieführer unter den Unternehmungen zeichnen sich durch hohe Verdienste und gute Arbeitsbedingungen aus. Selbstverständlich muss man auch auf die Produktionskosten achten. Hinsichtlich der Arbeitskosten ist, wie gezeigt wird, die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie jedenfalls gegeben. Vor allem gegenüber unserem wichtigsten Handelspartner Deutschland gibt es bei den Arbeitskosten und den Lohnstückkosten einen nicht unbeträchtlichen Wettbewerbsvorteil.

Aber nicht nur die IV, sondern auch einzelne Unternehmer haben sich kritisch zur Standortqualität geäußert. Diese negative Einschätzung steht, wie bereits ausgeführt, meist im Widerspruch zur erfolgreichen Entwicklung des eigenen Unternehmens.

Widerspruch zwischen Kritik und Unternehmenserfolg

„Steuern zu hoch. **Voestalpine** stellt Standort Österreich in Frage. Eine falsche Umweltpolitik in Europa, zu hohe Steuern

voestalpine stellt Standort Österreich in Frage

in Österreich, und die Regierung lässt nicht mit sich sprechen: Der Chef des Stahlkonzerns Voestalpine sieht seine Werke nur noch ungern in Österreich.“ So berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 18.4.2014 auf ihrer Website über ein Gespräch mit dem voest-Generaldirektor Wolfgang Eder, der 2015 und 2016 auch Präsident des Weltstahlverbandes ist. „Der österreichische Stahlhersteller Voestalpine denkt darüber nach, in der Zukunft Kapazitäten aus seiner Heimat abzuziehen und anderswo anzusiedeln. Der Vorstandsvorsitzende Wolfgang Eder sagte im Gespräch mit der F.A.Z., Mitte nächsten Jahrzehnts würden mehrere Anlagen in Linz das Ende ihrer Lebensdauer erreichen. Mit Blick auf dieses Datum müsse sich Voestalpine die grundsätzliche Frage stellen, was langfristig der richtige Standort ist. Eder zieht es derzeit vor allem in die Vereinigten Staaten.“ Damals Präsident der Europäischen Stahlindustrie, sieht Dr. Eder „nur Nordamerika als langfristig kalkulierbaren Standort.“⁶ Der amerikanische Wirtschaftsminister freute sich in einem Brief an den voestalpine Vorstandsvorsitzenden, dass dieser die USA, nach Corpus Christi, für ein weiteres Werk in Betracht ziehe, und lud Dr. Eder zum Essen ein (Die Welt, 29.7.2015)⁷.

hohe Umweltstandards weltweit notwendig und nicht Konkurrenz um niedrigste Standards

Die Umwelt- und Energiepolitik der EU kritisch zu hinterfragen ist mehr als berechtigt. Es ist für die Reduktion der globalen Umweltbelastung kontraproduktiv, die relativ saubere EU-Stahlindustrie zugunsten ihrer weniger umweltfreundlichen außereuropäischen Konkurrenten zu gefährden. Diesbezüglich sollte die österreichische Regierung die Anliegen der Stahlindustrie auf EU-Ebene unterstützen.

Dialog ist nicht Diktat

Die mangelnde Dialogbereitschaft der Regierung und die hohen Steuern in Zusammenhang mit möglichen Standortverlagerungen zu nennen ist nicht berechtigt. Die österreichische Bundesregierung hat diesen Dialog nicht verweigert. Aber Dialog ist nicht Diktat. Und die hohen Belastungen gehören zumindest bezüglich der Unternehmensbesteuerung ins Reich der Märchen.

Die weltweit tätige voestalpine-Gruppe hat sich in diesem Umfeld zu einem führenden stahlbasierten Technologie- und Industriegüterkonzern entwickelt. Die Unternehmensgruppe ist mit rund 500 Konzerngesellschaften und -standorten in mehr als 50 Ländern auf allen fünf Kontinenten vertreten, sie notiert seit 1995 an der

Wiener Börse. Der Konzern ist mit seinen qualitativ höchstwertigen Produkten einer der führenden Partner der europäischen Automobil- und Hausgeräteindustrie sowie weltweit der Öl- und Gasindustrie. Die voestalpine ist darüber hinaus Weltmarktführer in der Weichentechnologie und im Spezialschienenbereich sowie bei Werkzeugstahl und Spezialprofilen. Der Konzern erzielte im Geschäftsjahr 2014/15 bei einem Umsatz von 11,2 Mrd. Euro ein operatives Ergebnis (EBITDA) von 1,5 Mrd. Euro und beschäftigte weltweit rund 47.500 Mitarbeiter.⁸ 2015 hat sich die erfreuliche Entwicklung fortgesetzt. So schlecht kann der Standort Österreich nicht sein! Dies hat auch der Finanzvorstand der voestalpine Robert Ottel eingestanden. In Alpbach stellte er fest, dass die US-Investitionen nicht als Abkehr vom Standort Österreich und Europa gesehen werden können. Zwar sind die „Produktionskosten in den USA deutlich niedriger ... betrachtet man aber die industrielle Qualität, so liege der Standort Europa vorne, resümierte Ottel: Die industrielle Qualität, die wir dort bekommen, ist schwer mit Europa zu vergleichen. Das liege an den Mitarbeitern, die in Europa besser gebildet und ausgebildet seien. In den USA sei es schwierig, qualifiziertes Personal zu finden oder auch selber aufzuqualifizieren. Da biete das europäische Bildungssystem mit der Lehre klare Vorteile.“ (Wiener Börse, APA Finance⁹, Oktober 2015).

Produktionskosten in USA niedriger, aber industrielle Qualität in Europa besser

KTM als wichtigster Betrieb der Cross Holding AG hat sich nach der Krise 2008/2009 hervorragend entwickelt. Die jährlichen Wachstumsraten lagen um die 20 Prozent. Der börsennotierte Motorradhersteller KTM hat im ersten Halbjahr 2015 deutlich mehr Gewinn und Umsatz erzielt. Der Umsatz erhöhte sich um ein Viertel auf 515,1 Millionen Euro. Damit ist KTM auf bestem Wege, das von Vorstandschef Stefan Pierer formulierte Ziel 2015 beim Umsatz die Milliarden-Euro-Marke zu überspringen, zu erreichen. Das Unternehmen mit Sitz in Mattighofen investiert auch kräftig im Innviertel. 85 Millionen Euro waren es 2014. Die OÖN berichteten am 24.5. 2013 unter dem Titel „Stefan Pierer: Mattighofen ist Europas bester Fertigungsstandort“ über die Verlagerung der Fertigung aus Italien ins Innviertel.¹⁰

Beispiel KTM

Im September 2015 fand eine Podiumsdiskussion des „Börsianer“ zum Thema Wirtschaftsstandort statt. Über die dynamische Entwicklung von KTM und den „besten Fertigungsstandort“ hat

der Paradeunternehmer Stefan Pierer, zumindest nach den Berichten in Zeitungen und im Fernsehen, nichts zu sagen. Dafür hat er gegenüber der Regierung ordentlich ausgeteilt. Im Web ist Folgendes zu lesen: „Wenn Regierungschef Faymann auf eine neue technologische Entwicklung mit neuen Steuern antwortet, frage ich mich: Wie werden wir hier eigentlich begleitet und geführt? Es ist kein Wunder, dass die Arbeitslosenquote steigt. Wenn Unternehmer ständig mit neuen Steuern konfrontiert werden, suchen sie sich aus, wo sie investieren und das nächste Werk bauen. Milliarden in ein krankes System zu stecken, ergibt keinen Sinn.“

Ein wettbewerbsfähiger Standort brauche eine gesunde Industrie, Belegung am Arbeitsmarkt könnte eine Arbeitszeitflexibilisierung mit Durchrechnungszeiten bringen, sagt Pierer. „Es geht jetzt wirklich ans Eingemachte. Die ersten zehn Überstunden sollten steuerbegünstigt sein. Leistung muss sich lohnen dürfen, sie sollte entsprechend gefördert werden.“ (Website Wirtschaftsblatt)

*Unternehmer
und Manager
handeln nach
dem Motto
„Klage, ohne zu
leiden“*

Der Präsident der IV Oberösterreich, Dr. Axel Greiner, zählt zu den schärfsten Kritikern in der Standortdebatte. 2014 war das erfolgreichste Jahr des Vorzeigeunternehmens mit 8500 Beschäftigten. Manche Unternehmer und Manager handeln offensichtlich nach dem Motto „Klage, ohne zu leiden“.

Der sonst durch seinen Optimismus bekannte WKO-Chef Leitl hat im Sommer 2013 in einer Pressekonferenz in Alpbach befunden, dass der Wirtschaftsstandort Österreich zum Mittelmaß „abgesandelt“ sei. (Der Standard, 21. August 2013)¹¹

Auf der Website der Außenhandelsorganisation der WKO „Advantage Austria“ ist anderes zu lesen. Da wird Österreich als „profitabler Standort auch für internationale Investoren“ gelobt. „Bezüglich der Körperschaftssteuer gilt Österreich als einer der unternehmerfreundlichsten Staaten Europas ... mit einer attraktiven Gruppenbesteuerung“. Als besonderes Standortzuckerl wird mehrfach auf die 10-prozentige Forschungsprämie hingewiesen.¹² Diese wird ab 2016 auf 12 Prozent der anrechenbaren Aufwendungen für F&E erhöht.

In einem Pressegespräch stellte der WKO-Präsident am 1. Juli 2015 fest, dass es sich im „Rückblick auf das Jahr 2014 zeigt,

dass Österreichs Exportunternehmen ... hervorragend gearbeitet haben. Schließlich konnten sie mit einem Ausfuhrvolumen von über 128 Mrd. Euro wieder einmal ein *all-time-high* einfahren. Die Dienstleistungsexporte hinzugerechnet, machte das Volumen sogar 180 Mrd. Euro aus“. Hinzu komme, dass durch die gute Exportperformance die österreichische Leistungsbilanz seit 2002 positiv ist. „Wir sind überzeugt, dass unsere Exporteure auch heuer wieder das Rekordergebnis des Vorjahres toppen werden – mit einem Ausfuhrplus von über 2% auf rund 130 Mrd. Euro. 2016 könnten sich knapp 5% und über 136 Mrd. Euro ausgehen“.¹³ Wer oder was ist jetzt abgesandelt?

Ausfuhrvolumen erreichte wieder einmal ein „all-time-high“

Aber auch **Banken** haben, wie der ORF OÖ am 11.4.2014 berichtete, öffentlich über die Verlagerung des Headquarters nachgedacht.

Banken: zuerst Rettung durch öffentliche Hand – dann Drohung mit Standortverlegung

„Nach der Erste Bank denkt auch die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich laut darüber nach, ihre Zentrale ins Ausland zu verlegen. Die Verlegung der Konzernzentrale ins benachbarte Bayern sei eine Option, die er derzeit konkret prüfen lasse, so Raiffeisen Generaldirektor Heinrich Schaller. Säße man in Passau, dann hätte man im vergangenen Jahr nur fünf Millionen Euro an Bankensteuer gezahlt. In Österreich werde die Raiffeisen Landesbank Oberösterreich 34 Millionen Euro abliefern müssen.“¹⁴ Dass der gesamte Sektor mit vielen Milliarden Euro vom Staat stabilisiert wurde, wird vergessen.

3. Makroökonomische Daten zur Standortperformance Österreichs

3.1 Pro-Kopf-Einkommen

Die internationale Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Unternehmen findet in den makroökonomischen Daten einen Niederschlag. Österreich zählt seit vielen Jahren zu den Ländern mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt je Einwohner. Österreich konnte seine relative Position innerhalb des Euroraumes zwischen 2003 und 2014 halten. Die Pro-Kopf-Einkommen zu Kaufkraftparitäten lagen relativ konstant um 26 bis 28 Prozent über dem Durchschnitt der EU und um 20 Prozentpunkte über dem des Euroraums.¹⁵

in Österreich hohes BIP je Einwohner

Die internationalen Vergleiche werden mit der EU28, dem Euroraum19, dem wichtigsten Handelspartner Deutschland, den von der Größe und Struktur vergleichbaren skandinavischen Ländern Schweden und Finnland sowie die Schweiz angestellt. Vor allem Schweden wird, insbesondere in der Zeit der konservativen Regierung, von Kritikern der Standortbedingungen in Österreich als Beispiel für eine erfolgreiche Standortpolitik genannt.

Tabelle 1: BIP pro Kopf in KKS (Index , EU28=100)

	2003	2009	2014
Euroraum 19	109	108	107
Österreich	127	126	128
Deutschland	115	115	124
Schweden	127	123	124
Finnland	114	116	110
Schweiz	143	154	161

Quelle: eurostat, KKS ... Kaufkraftstandard. Gleicht die unterschiedlichen Preisniveaus der einzelnen Länder aus.

Die Schweiz hat ihre Position seit 2003 verbessert, Deutschland ist nach der Wirtschaftskrise auf die Überholspur gekommen. Österreich hat seinen Vorsprung relativ stabil gehalten, liegt jedoch nur noch knapp vor Deutschland. Zu beachten ist aber die Entwicklung der Bevölkerung. Diese ist in Deutschland 2003 bis 2013 um 1,2 Prozent gesunken, während sie in Österreich um 4,4 Prozent gestiegen ist. Insbesondere die Zahl der ausländischen Einwohner, einschließlich der aus anderen EU-Ländern zugewanderten, ist in Deutschland rückläufig gewesen (von 7,348.000 auf 7.011.000), während diese in Österreich von 747.000 auf 997.000 (2013) bzw. 1,057.000 (2014) stark gestiegen ist. Wäre die Entwicklung der Ausländer in Deutschland wie in Österreich verlaufen, hätte Deutschland 2013 um 2,7 Millionen Einwohner mit „Migrationshintergrund“ mehr gehabt, als es tatsächlich hatte. Für Deutschland werden für 2014 auf Grund eines Zeitreihenbruchs nur noch 7,011 Millionen Einwohner mit Migrationshintergrund ausgewiesen. In Relation zur Bevölkerung 2013 wäre der Ausländeranteil Deutschlands (7,011 Millionen Migranten, 82,7 Mio Einwohner) mit 8,5 Prozent, der Österreichs

12,5 Prozent (1,057 Millionen Migranten, 8,48 Mio Einwohner). Der Unterschied beträgt 4 Prozentpunkte.

Österreich hat eine hohe und in den vergangenen Jahren deutlich gestiegene Nettozuwanderung. Dies drückt die Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen.

Tabelle 2: Entwicklung der Wohnbevölkerung 2003 bis 2013 in Österreich und Deutschland ^{16 17 18}

	2003	2013	2003–2013	
			Abs.	%
Einwohner A (in Mio.)	8,12	8,48	0,36	4,4
Einwohner D (in Mio.)	83,8	82,7	-1,1	-1,2
Ausländer A (in 1000)	747	115	250	33,5
Ausländer D (in 1000)	7348	7696	348	4,7

Quellen: eurostat und Statistik Austria.

3.2 Arbeitslosigkeit und Beschäftigung

In Österreich ist die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren bedauerlicherweise deutlich gestiegen. Österreich hat hinsichtlich der Arbeitslosenquote und insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit aber noch immer eine vergleichsweise gute Position in der EU. Die Entwicklung am österreichischen Arbeitsmarkt erfordert aber gezielte wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Regierung. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit ist nicht nur eine Folge des schwachen Wirtschaftswachstums. Sie ist auch ein Ergebnis des Bevölkerungswachstums und des erschwerten Zugangs zur Pension. Deutschland ist auch hier der Gewinner in Europa – erzielt durch die bereits angesprochene Bevölkerungsstagnation, das Zurückbleiben der Löhne und Gehälter hinter der Entwicklung des BIP, hohe Handelsbilanzüberschüsse, die Liberalisierung des Arbeitsmarktes auf Kosten sozialer Standards und eine konkurrenzfähige Industrie, die die Krise besser überwunden hat als in anderen Ländern.

trotz gesteigener Arbeitslosigkeit ist Österreich in guter Position

deutscher Erfolg auch auf Kosten sozialer Standards ...

Tabelle 3: Arbeitslosenquote in % der Erwerbsbevölkerung (nach EU-Definition)¹⁹

	2003	2009	2014	2015/8
EU28	9,2	9,0	10,2	9,5
Euroraum19	9,1	9,6	11,6	11,5
Österreich	4,8	5,3	5,6	5,7
Deutschland	9,7	7,6	5,0	4,5
Schweden	6,6	8,3	7,9	7,0
Finnland	9,0	8,2	8,7	9,7

Quelle: eurostat.

Hinsichtlich der Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen und unselbständig Beschäftigten in Österreich ist in den letzten Jahren eine Verlangsamung des Zuwachses festzustellen. Insbesondere 2014 hat diese Zahl praktisch stagniert (+ 8000 bei den Erwerbstätigen bzw. +3000 bei den Unselbständigen gegenüber 2013). Die Zahl der Erwerbstätigen ist von 2009 bis 2014 in Deutschland mit 4,2 Prozent etwas stärker gestiegen als in Österreich (3,3 Prozent). Bezüglich des Vergleichs der Arbeitsmarktentwicklung Österreichs und Deutschlands muss auf den hohen Anteil der Niedriglohnbezieher hingewiesen werden. Knapp ein Viertel aller Beschäftigten in Deutschland bezieht einen Niedriglohn von weniger als 9,54 Euro brutto pro Stunde. Das geht aus einer Studie des Forschungsinstituts IAB hervor. Europaweit gibt es nur in Litauen mehr Geringverdiener als in Deutschland (Spiegel Online, 25.7.2013).

... und hohem Anteil an Niedriglohnbezieher

Tabelle 4: Erwerbstätige in Österreich und Deutschland 2004, 2009, 2014 in 1000²⁰

	2004	2009	2014	04-09	09-14
Erwerbstätige A	3676,7	3982,3	4112,8	305,6	130,5
Arbeitnehmer A	3221,2	3439,1	3566,3	217,9	127,2
Erwerbstätige D	39218	40845	42640	1627	1795
Arbeitnehmer D	34960	36360	38243	1400	1883

Quelle: Statistik Austria und Statistisches Bundesamt Deutschland, destatis.

3.3 Außenhandel

Bezüglich der Entwicklung der Außenhandelsströme ist eine nachhaltige Verschlechterung der Wettbewerbsposition Österreichs nicht feststellbar. Im Krisenjahr 2009 sind die Exporte und Importe um rund 20 Prozent eingebrochen. Danach stiegen die Importe 2009 bis 2011 um 34 Prozent, während die Exporte um 30 Prozent wuchsen. Dadurch stieg das Defizit im Außenhandel 2011 und 2012 auf jeweils rund 9 Milliarden Euro. 2013 und 2014 wurde dieses Defizit auf 4,9 bzw. 1,8 Milliarden Euro verringert. Diese Zahlen sind zwar nicht berauschend, aber auch kein Indiz für eine Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsposition Österreichs.

keine nachhaltige Verschlechterung der Wettbewerbsposition

Tabelle 5: Außenhandelsströme Österreichs in Mrd. Euro

	Einfuhr	Ausfuhr	Differenz
2003	81,0	78,9	-2,1
2008	119,6	117,5	-2,0
2009	97,6	93,7	-3,8
2010	113,7	109,4	-4,3
2011	131,0	121,8	-9,2
2012	132,0	123,5	-8,4
2013	130,7	125,8	-4,9
2014	129,7	127,9	-1,8

Quelle: Statistik Austria, Internet. 2014 vorläufige Ergebnisse. Differenz durch Auf- und Abrundungen beeinflusst.

3.4 WIFO: Österreichs Wirtschaft im Rückstand?

Mit dieser Fragestellung hat sich am 7. Juli 2015 das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) unter anderem mit einer Pressemitteilung zur Standortdebatte gemeldet.

Zwei Jahrzehnte war das Wirtschaftswachstum Österreichs über dem des Euroraums und Deutschlands. Ab 2014 zeigt sich ein Rückstand. „Das seit einigen Jahren niedrige Wirtschaftswachstum und die Stagnation der Industrieproduktion weisen auf Strukturschwächen hin, die eine rasche wirtschaftspolitische Reaktion erfordern. Sie treten jedoch nicht durch einen Vergleich mit dem nahen Ausland zutage: Ein Vergleich zwischen

Österreich, Deutschland und dem Euro-Raum hinsichtlich der Entwicklung der Industrieproduktion, der Lohnstückkosten in der Industrie, der Arbeitsmarktpformance und der Inflation lässt keinerlei Rückstand Österreichs zu diesen Wirtschaftsräumen erkennen.

Die aktuelle Dynamik in Deutschland rührt hingegen von einem Wiedererstarren der Binnenkonjunktur, von der die österreichische Wirtschaft auch in der Vergangenheit kaum profitierte. Die Industrieproduktion, die häufig zur Beurteilung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit herangezogen wird, entwickelt sich aufgrund der schwachen Auslandsnachfrage ähnlich schleppend wie in Österreich ... Die Arbeitslosenquote sank in Deutschland kürzlich auf den niedrigsten Stand seit über 20 Jahren, zugleich stieg sie in Österreich auf den höchsten Wert seit den 1950er-Jahren. Diese Divergenz lässt sich überwiegend auf demografische Besonderheiten in Deutschland zurückführen: Während das Arbeitskräfteangebot in Deutschland bis 2011 sank und danach nur leicht stieg, nahm es in Österreich kontinuierlich zu. Wie die für die Beurteilung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit wesentlich aussagekräftigere Beschäftigungsentwicklung zeigt, wurden in Österreich in den letzten Jahren trotz niedrigen Wachstums sogar relativ mehr Stellen geschaffen als in Deutschland. Allerdings waren dies in geringerem Ausmaß Vollzeitstellen, sodass das Arbeitsvolumen in Deutschland stärker zunahm.“ (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Pressemitteilung vom 5.7. 2015 und WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(6), S. 497-510)²¹

Divergenz bei Arbeitslosigkeit beruht überwiegend auf demografischen Besonderheiten

4. Internationale Studien zur Wettbewerbsfähigkeit von Staaten

Studien zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit sind kritisch zu hinterfragen ...

Das Konzept der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ist insbesondere aus der Betriebswirtschaft bekannt. Die simple Übertragung des Konzepts der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen zur Beschreibung der Wettbewerbsfähigkeit von nationalen Volkswirtschaften ist umstritten. Einen Überblick über die Vielzahl dieser Studien findet sich in einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft und der IW Consult GmbH mit dem Titel: Die Messung der industriellen Standortqualität in Deutschland, Köln September 2012 (Kapitel 5, S. 61-129).²²

In der Folge werden Ergebnisse von ausgewählten Standortstudien präsentiert.

Das IMD World Competitiveness Center Lausanne und das World Economic Forum (WEF) mit dem Headquarter in Genf veröffentlichen periodisch Studien über die Wettbewerbsfähigkeit von Nationen. IMD veröffentlicht jährlich seit 1989 das „World Competitiveness Yearbook“ und das WEF alle zwei Jahre „The Global Competitiveness Report“, der erstmalig 1979 veröffentlicht wurde. IMD hat den jüngsten Bericht am 27. Mai 2015 und WEF am 30. September 2015 veröffentlicht.²³

Die Studie des IMD umfasst 61 Länder. Es werden über 300 Indikatoren, zwei Drittel davon aus nationalen und internationalen statistischen Quellen und ein Drittel aus der Befragung von 6234 Managern, herangezogen.

Die Studie des WEF erfasst 140 Länder. Die 113 Indikatoren werden für 12 Säulen ermittelt. Es sind dies Institutionen, Infrastruktur, makroökonomisches Umfeld, Gesundheit und Grundschulbildung, Hochschulbildung und Ausbildung, Effizienz der Gütermärkte, Arbeitmarkteffizienz, Finanzmärkte, technologischer Entwicklungsstand, Marktgröße, Entwicklung der Unternehmen und Innovation. Zwei Drittel der Daten stammen aus der Befragung von Managern.

Die Schweiz, Norwegen, Dänemark, Schweden und Deutschland liegen bei beiden Reports unter den besten 12 Ländern. Österreich liegt bei diesen aktuellen Standortrankings an Position 26 (IMD) und 23 (WEF). Diese und auch andere Studien müssen mit Vorsicht interpretiert werden. Dies zeigt unter anderem die für einige Länder sehr unterschiedliche Position im Ranking. So beträgt die Differenz der WEF-Position zur IMD-Position für Japan 21 Plätze, für Luxemburg 14, Finnland 12 und Niederlande 10. Die Ergebnisse hängen von der Auswahl und Gewichtung der Faktoren und der „Stimmung“ der befragten Manager ab. Dies zeigt sich für Österreich unter anderem bei der schlechten Position in der Beurteilung der Besteuerung. Bestimmte Indikatoren wie die Arbeitsmarktlage werden in diesen Bewertungen nicht berücksichtigt.

... was sich auch bei unterschiedlichen Positionen in verschiedenen Rankings zeigt

Zu völlig anderen Ergebnissen als die WEF- bzw. IMD-Publikationen kommt die Standortstudie von Deloitte „2013 Manufacturing Com-

petitiveness Index“. Da liegt China auf Platz 1, die Schweiz aber nur an der 22. Stelle hinter Brasilien (8), Polen (14) und Vietnam (18).²⁴

Tabelle 6: Standortranking 2015 (IMD) und 2015/16 (WEF)

	IMD	WEF	Differenz
USA	1	3	2
Hong Kong	2	7	5
Singapur	3	2	1
Schweiz	4	1	3
Kanada	5	13	8
Luxemburg	6	20	14
Norwegen	7	11	4
Dänemark	8	12	4
Schweden	9	9	0
Deutschland	10	4	6
Taiwan	11	15	4
UAE	12	17	5
Katar	13	14	1
Malaysia	14	18	4
Niederlande	15	5	10
Irland	16	24	8
Neuseeland	17	16	1
Australien	18	21	3
GB	19	10	9
Finnland	20	8	12
Israel	21	27	6
China	22	28	6
Belgien	23	19	4
Island	24	29	5
Korea	25	26	1
Österreich	26	23	3
Japan	27	6	21
Frankreich	32	22	10
Italien	38	43	5

Quellen: IMD, World Competitiveness Yearbook 2015 und World Economic Forum, The Global Competitiveness Report 2015-2016.

Kurz- und mittelfristig hat sich die Position Österreichs in diesen Rankings verschlechtert. Beide Institute hatten Österreich 2008 an der 14. Stelle. Die Verschlechterung der letzten Jahre betrifft alle Faktorengruppen. Ob und inwieweit diese Entwicklung durch die Manager-Befragungen zustande gekommen sind, müsste durch eine Detailauswertung geklärt werden. Dies ist ein wesentlicher Nachteil dieser Studien, die sich mehr als viele andere Untersuchungen auf subjektive Umfragedaten verlassen, die potenziell durch Meinungstrends oder Klischees verzerrt sein können.

Tabelle 7: IMD-Ranking Österreichs in den Berichten 2011 bis 2015 nach Faktorgruppen

	2011	2012	2013	2014	2015
Gesamtindex	18	21	23	22	26
Economic Performance	24	20	22	17	21
Government Efficiency	27	33	37	36	39
Business Efficiency	20	20	22	20	28
Infrastructure	13	16	17	16	20

Quelle: IMD World Competitiveness Yearbook 2015, S. 23.

Tabelle 8: Das World Economic Forum weist für die 12 Säulen folgende Plätze für Österreich aus:

Gesamtindex	
1 Institutionen	23
2 Infrastruktur	24
3 Makro ökonomisches Umfeld	45
4 Gesundheit und Grundschule	19
5 Höhere Ausbildung und Training	16
6 Gütermarkteffizienz	24
7 Arbeitsmarkteffizienz	40
8 Finanzmärkte	47
9 Technologische Standards	24
10 Marktgröße	42
11 Entwicklungsstand der Unternehmen	8
12 Innovation	17

Unter den besten zehn Nationen befindet sich Österreich hinsichtlich der Sicherheit für Personen und Unternehmen (7), der Qualität der gesamten Infrastruktur (8) und der Straßen- (6) bzw. der Elektrizitäts- und Telefoninfrastruktur (4), bei der beruflichen Fortbildung (9), der Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Kooperation (6), der Qualität lokaler Zulieferer (3), der Breite der Wertschöpfungskette (6) sowie bei der Innovationskraft der Unternehmen (8).

Schlechter als Rang 50 liegt Österreich unter anderem bei der Verschwendung durch die Regierung (55), die Belastung der Unternehmen durch Regulierung (70), das Budgetdefizit (74) und die Staatsverschuldung (121), die negativen Auswirkungen der Steuern auf Investitionen (115), die Steuerbelastung insgesamt (117) die Effekte der Besteuerung auf die Bereitschaft zu arbeiten (134), den Umfang (93) und die Dauer gewerblicher Genehmigungsverfahren (102), den Zugang zu Krediten (67) und Venture Capital (58) sowie das Vertrauen in die Banken (59).²⁵ Insbesondere die schlechte Platzierung Österreichs hinsichtlich der Besteuerung ist das Ergebnis der subjektiven Einschätzung und einer unbereinigten Übernahme von statistischen Daten (siehe 5.1).

5. Zu einzelnen Themen der österreichischen Standortdebatte

Die Interessensvertretungen der Arbeitnehmer müssen die laufende Debatte über die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich aktiv gestalten. Es kann keinen Zweifel geben, dass ÖGB und AK in höchstem Maße an einem starken Wirtschaftsstandort mit innovativen, national und international erfolgreichen Unternehmen interessiert sind. Beschäftigung, Einkommen und die Arbeitsbedingungen werden dadurch bestimmt. Sozialpartner und Regierung müssen diesem Thema Priorität einräumen.

Unternehmerseite fordert u.a. Umverteilung zu Gewinnen und vernachlässigt andere wichtige Faktoren

Die standortpolitischen Forderungen der Unternehmenseite konzentrieren sich auf den Abbau von Sozialleistungen und Steuern sowie die Umverteilung zu Gunsten der Gewinne. Die Abgabenquote und die Lohnnebenkosten sollen gesenkt und die Arbeitszeit weiter flexibilisiert werden. Für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie sind weitere Faktoren wichtig bzw. noch wichtiger. Es sind dies unter anderem die Qualität der beruflichen Qualifikation der Beschäftigten, von Forschung und Innovation, der Arbeitsbeziehungen und Arbeitsmoral, der Infrastruktur, der Energie- und Rohstoffversorgung, der Rechtssicherheit, der persönlichen Sicherheit und des Angebots an leistungsfähigen Zulieferern.

5.1 Steuern zu hoch?

Ein innenpolitischer und standortpolitischer Dauerbrenner ist die hohe Abgabenquote und die zu hohe Steuerbelastung der Unternehmen. Es besteht eine eklatante Diskrepanz zwischen der Realität und der Agitation. Mit einer unbereinigten Abgabenquote (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) von 42,5 Prozent im Jahr 2013 liegt Österreich tatsächlich im Spitzenfeld der OECD-Länder. Vergleiche der unbereinigten Abgabenquoten sind aber irreführend da nicht berücksichtigt wird, welche Leistungen in den einzelnen Ländern vom Staat bzw. privat finanziert werden.

Vergleiche der unbereinigten Abgabenquote sind irreführend

Dies gilt vor allem für die Pensionen, die in Österreich weitgehend öffentlich finanziert werden. Die öffentlichen Geldleistungen für die Alters- und Hinterbliebenenrenten betragen in Österreich 13,5 Prozent des BIP (2009, neuere Daten sind leider nicht verfügbar). In der OECD waren es 7,8 Prozent (OECD, Renten auf einen Blick 2013).²⁶ Die Differenz beträgt 5,7 Prozentpunkte. Die Brutto- und Nettoersatzquoten der Pensionen in Prozent der letzten Arbeitseinkommen lagen in Österreich an der Spitze der EU-Länder und deutlich über dem OECD-Durchschnitt. Mit den höheren Beiträgen finanzieren die Österreicher eine höhere Brutto- und Nettoersatzquote der Pensionen als auch einen früheren Pensionsantritt. Bereinigt um die obige Differenz würde die Abgabenquote Österreichs um die 37 Prozent liegen.

Tabelle 9: Öffentliche Ausgaben für Alters- und Hinterbliebenenrenten (ausgewählte Länder) in Prozent des BIP 2009 und Nettoersatzquoten der Pensionen in % der letzten Arbeitseinkommen

	% BIP	Nettoersatzquote in % *		
		0,5	1,0	1,5
Österreich	13,5	91,2	90,2	86,2
OECD	7,8	65,7	48,7	42,6
Deutschland	11,3	55,9	55,3	54,4
Schweden	8,2	47,6	33,7	27,6
Finnland	9,9	71,3	62,8	63,2
Dänemark	6,1	66,2	30,1	18,9

Quelle: OECD, Renten auf einen Blick, 2013, S. 155 und 183

*Nettoersatzquoten für das 0,5-, 1,0- und 1,5-fache Arbeitseinkommen.

Ein weiteres Beispiel für die Unbrauchbarkeit der unbereinigten Vergleiche der Abgabenquote ist die Familienförderung. Diese erfolgt in Österreich aus guten sozialen Überlegungen in Form von Beihilfen. Damit wird gewährleistet, dass die Förderung – ohne Rücksicht auf das Einkommen der Eltern – für jedes Kind in der gleichen Höhe gewährt wird. In anderen Ländern werden Familien über Steuerfreibeträge gefördert. Dies begünstigt die Bezieher höherer Einkommen und reduziert die Steuerquote.

*viele Leistungen
in Österreich
nicht privat,
sondern über
Abgaben
finanziert*

Viele Leistungen u.a. in den Bereichen Gesundheit und Bildung werden in Österreich über staatliche Einrichtungen erbracht. Wer für den Fall einer Erkrankung privat vorsorgen muss, zahlt weniger Steuern bzw. SV-Beiträge. Das heißt aber noch lange nicht, dass er die Leistungen günstiger erhält. Wie die Erfahrungen in den USA zeigen, ist das Gegenteil der Fall.

Die Liste sozialer Leistungen, die in Österreich im Gegensatz zu anderen Ländern teilweise oder zur Gänze über Abgaben und nicht privat finanziert werden, reichen von den Kinderkrippen, Schulbüchern, und Schulfahrten, Kosten des Studiums und von Krankheit und Unfällen sowie Verkehrstarifen bis zu Altersheimen.

In der öffentlichen Diskussion wird suggeriert, dass die hohe Abgabenquote das Ergebnis von Verschwendung sei. Einsparungen in der Verwaltung sind ohne Zweifel möglich und notwendig. Die hohe Abgabenquote Österreichs ist aber im Wesentlichen das Ergebnis höherer staatlicher Leistungen.

Unternehmen und deren Interessensvertretungen klagen auch über zu hohe Unternehmenssteuern. Ist dies berechtigt? Ein Faktencheck:

*Unternehmens-
steuern in Öster-
reich unterdurch-
schnittlich*

Österreich zählt innerhalb der OECD zu den Ländern mit einer unterdurchschnittlichen Ergiebigkeit der Gewinnsteuern für Körperschaften (AG, GesmbH). 5,3 % der Steuereinnahmen Österreichs stammten 2012 aus der Körperschaftssteuer. In der OECD waren dies 8,5 Prozent (OECD, Revenue Statistics 1965-2013). Der nominelle Steuersatz für Gewinne von Körperschaften wurde auch in Österreich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gesenkt und liegt bei 25 Prozent. Durch Gestaltungsmöglichkeiten, wie z.B. die Gruppenbesteuerung, liegt die effektive Steuerbe-

lastung niedriger. In Deutschland liegt der nominelle Steuersatz für Gewinne von Kapitalgesellschaften bei 29,8 %. In New York beträgt dieser Steuersatz für Gewinne 39,6 Prozent (Deutsches Bundesministerium der Finanzen, Berlin).²⁷ In Österreich gibt es keine allgemeine Vermögenssteuer oder Erbschaftssteuer.

Auch bezüglich des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer von 50 Prozent wurde geklagt. Tatsächlich beträgt dieser durch die steuerliche Begünstigung des 13. und 14. Gehalts (der Steuersatz je nach Kinderzahl zwischen 0 bis 6 Prozent) um die 43 Prozent und liegt damit international im Mittelfeld. Tatsächlich hoch ist die Belastung der Arbeitnehmer mit mittleren Einkommen. Durch die Steuerreform 2016 wird diese unter anderem durch die Senkung des Eingangssteuersatzes von 36,5 Prozent auf 25 Prozent spürbar reduziert. Dies ist ein Erfolg für den ÖGB, der nicht kleingeredet werden sollte. Mit der Steuerreform wird ab 2016 der Spitzensteuersatz für Einkommen über 1 Million Euro auf 55 Prozent erhöht. Der effektive Steuersatz liegt dann bei 47 bzw. 48 Prozent. Obwohl nur wenige Steuerpflichtige betroffen sind, wird dieser Steuersatz zur Stimmungsmache verwendet: „Nur mehr drei Länder haben einen höheren Spitzensteuersatz“ (Der Standard, 13. März 2015). Dieser liegt in Deutschland bei 47,5 Prozent. Allerdings greift dieser erst ab einem Einkommen von 250.730 Euro (Bundesministerium der Finanzen, a.a.O., S. 30). Objektiv betrachtet gibt es für die Arbeitgeber in Österreich wenig Grund, über eine zu hohe Steuerbelastung zu klagen.

Problem ist nicht der Spitzensteuersatz, sondern die hohe Belastung mittlerer Einkommen

5.2 Lohnnebenkosten, Arbeitskosten und Lohnstückkosten

Ein weiteres Angriffsziel der Arbeitgeber sind die zu hohen Lohnnebenkosten. Sie sollen gesenkt werden. Wer deren Senkung fordert, sollte auch klar sagen, welche Leistungen gekürzt oder wie diese alternativ finanziert werden können. Die Lohnnebenkosten sind ein Bestandteil der Arbeitskosten. Für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sind die Arbeitskosten bzw. letztlich die sogenannten Lohnstückkosten wichtiger. Der Zusammenhang ist folgender:

für Wettbewerbsfähigkeit weniger Lohnnebenkosten als Lohnstückkosten wichtig

Direkte Verdienste je Stunde + Lohnnebenkosten ergeben die Arbeitskosten und diese in Relation zur Produktivität (Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde) ergeben die Lohnstückkosten. Das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln publiziert jährlich

einen Bericht über die „Produktivität und Lohnstückkosten in der Industrie im internationalen Vergleich“ (letzte Veröffentlichung IW Trends 4/2014).²⁸ Der aktuelle Produktivitäts- und Lohnstückkostenvergleich des IW Köln umfasst 26 Länder, die mehr als die Hälfte der weltweiten Wareneinfuhren repräsentieren.

*Lohnstückkosten
in Österreich
nach wie vor
niedriger als
in Deutschland
und im Euro-
Raum*

Österreich hat bezüglich der Lohnstückkosten (zu Wechselkursen) im Verarbeitenden Gewerbe eine durchaus wettbewerbsfähige Position. Diese Kosten liegen um 15 Prozent unter denen Deutschlands und sind um 11 Prozentpunkte niedriger als im Euroraum. Innerhalb der EU liegen nur Schweden, die nordöstlichen Nachbarn Tschechien und Slowakei sowie die baltischen Republiken Lettland und Litauen besser als die Alpenrepublik. Die Lohnnebenkosten sind ein Teil der Arbeitskosten. Diese als „Standortkiller“ zu bezeichnen, ist schlicht falsch (Kurier, 24.2.2015). Entscheidend für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit sind die Arbeitskosten und letztlich die Lohnstückkosten. Österreich liegt mit seinen Arbeitskosten je Stunde deutlich hinter Deutschland, hat aber eine fast gleich hohe Produktivität.

Tabelle 10: Arbeitskosten, Produktivität und Lohnstückkosten in ausgewählten Ländern 2013

Deutschland = 100

	Lohnstückkosten	Arbeitskosten	Produktivität
Schweden	74	89	120
USA	77	83	108
Slowakische Republik	79	25	32
Tschechische Republik	82	24	29
Österreich	85	84	98
Dänemark	85	110	129
Niederlande	87	94	107
Japan	89	58	66
Durchschnitt (ohne D)	90	76	85
Finnland	93	92	99
EU*	94	k.A.	k.A.
Euroraum**	96	k.A.	k.A.
Belgien	98	115	117
Frankreich	99	98	99
Deutschland	100	100	100
Norwegen	105	k.A.	k.A.
Italien	111	66	59
UK	119	83	70

*EU ohne 7 Länder **ohne Deutschland, Irland, Luxemburg und Malta.

k.A. = keine Angaben.

Christoph Schröder: Produktivität und Lohnstückkosten in der Industrie im internationalen Vergleich, IW Trends 4/2014, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln.

Christoph Schröder: Industrielle Arbeitskosten im internationalen Vergleich, IW Trends 4/2014, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln.

Die Lohnnebenkosten für die Arbeitgeber werden vom österreichischen Bundesministerium für Finanzen mit 94,8 % auf Basis der Anwesenheitszeit und 59,8 % auf Basis des Bruttomonatsgehalts angegeben. In diesen Nebenkosten sind neben den Sozialabgaben (rund 44 Prozent) und den Kosten für Fehlzeiten (Urlaub, Krankheit mit 22 Prozent) auch Sonderzahlungen, u.a.

*Sonderzahlungen
müssten eigent-
lich Direktentgelt
zugerechnet
werden*

das 13. und 14. Gehalt enthalten (rund 20 Prozent). Richtigerweise müsste dies dem Direktentgelt zugerechnet werden. Die Lohnnebenkosten würden dadurch um 30 Prozentpunkte niedriger sein und um 60 Prozent betragen. Da in den meisten anderen Ländern Sonderzahlungen in dieser Höhe nicht gewährt werden, würde sich die Position Österreichs im Ranking der Länder nach der Höhe der Lohnnebenkosten erheblich verbessern. Dies bringt zwar nichts für die Wettbewerbsfähigkeit, würde aber die Lohnnebenkosten-Demagogie schwächen.²⁹

5.3 Flexibilisierung der Arbeitszeit

*rechtlicher
Rahmen bietet
große
Spielräume*

Die österreichischen gesetzlichen und kollektivvertraglichen Regelungen der Arbeitszeit werden von Arbeitgebern und deren Verbänden als zu wenig flexibel eingestuft. Tatsächlich bietet der rechtliche Rahmen aber einen großen Spielraum, der von vielen Unternehmen wie z.B. BMW extensiv genutzt wird. Gemeinsam ist solchen Modellen, dass sie in Kooperation mit den Betriebsräten und Gewerkschaften entwickelt wurden und ein fairer Interessenausgleich zwischen den Beschäftigten und dem Unternehmen gewährleistet ist.

Die folgenden Ausführungen wurden in gekürzter Form von einem Beitrag von Silvia Angelo, 27. September 2013 übernommen.³⁰

Die **gesetzliche** Höchstarbeitszeit beträgt einschließlich Überstunden 10 Stunden pro Tag bzw. 50 Stunden pro Woche (48 Stunden im wöchentlichen Durchschnitt). Dabei gibt es allerdings eine Reihe von Ausnahmen. So kann die Höchstarbeitszeit rasch und flexibel für 24 Wochen auf 12 Stunden täglich und 60 Stunden pro Woche ausgeweitet werden. Dies ist dann möglich, wenn vorübergehend ein besonderer Arbeitsbedarf vorliegt oder ein unverhältnismäßiger wirtschaftlicher Nachteil (z.B. Pönale, Verlust von Folgeaufträgen) droht und keine anderen Maßnahmen, wie etwa die Einstellung von zusätzlichen Arbeitskräften, zumutbar sind. Eine Regelung durch Kollektivvertrag ist nicht notwendig. Da es sich um spezifische betriebliche Gegebenheiten handelt, kann die Regelung auf betrieblicher Ebene erfolgen.

Was ist mit Kollektivvertrag alles möglich?

Bei dieser Arbeitszeitform wird die wöchentliche Normalarbeitszeit (nach vielen Kollektivverträgen 38,5 Stunden) nur im

Durchschnitt eines Durchrechnungszeitraumes eingehalten. In den einzelnen Wochen ist eine höhere Normalarbeitszeit möglich, nach dem Gesetz bis zu 48 Stunden.

Das bedeutet, dass ArbeitnehmerInnen für ihre Mehrarbeit keinen Zuschlag erhalten. Nur wenn sich nach Ende des Durchrechnungszeitraumes herausstellt, dass mehr als durchschnittlich 38,5 Stunden gearbeitet wurden, fällt ein Überstundenzuschlag für die Mehrstunden an. Aber selbst ein solches Guthaben kann noch auf das nächste Jahr übertragen – und in diesem Zeitraum 1:1 ausgeglichen werden.

Wohlgemerkt: Erlaubt ist dies nur mit kollektivvertraglicher Zulassung. Dies ist deshalb notwendig, weil es nicht nur einen Einkommensverlust für die ArbeitnehmerInnen bedeutet, sondern auch einen Eingriff in ihre Lebensführung. Für die Planung des Familien- und Freizeitens muss sichergestellt werden, dass ArbeitnehmerInnen mitgestalten können oder zumindest rechtzeitig darüber informiert werden, in welchen Wochen sie wie lange arbeiten müssen (Zitierung Ende).

Lassen wir, weil es so schön klingt, nochmals Gerhard Wölfel, den Geschäftsführer von BMW Steyr, zu Wort kommen: „Das Einzigartige am Standort ist die Flexibilität. Wir haben hier Menschen mit Leidenschaft, mit hoher Leistungsbereitschaft, die einfach, wenn sie das ‚Warum‘ kennen, auch das ‚Wie‘ ermöglichen. Es gibt das, was wir ‚Steyrer-Geist‘ nennen. Gemeinsam können wir innerhalb kürzester Zeit schnell vieles erreichen. Das geht bis hin zur Sonntagsarbeit, die wir in zwei, drei Linien gebraucht haben, weil eine hohe Nachfrage von einem Produkt herrschte. Hätten wir auf diesen Linien keine Sonntagsarbeit hinbekommen, dann hätten wir ein Problem gehabt. Doch wir hatten wesentlich mehr Freiwillige als wir gebraucht haben. So viel zur Leistungsbereitschaft der Österreicher! Deswegen ist Steyr ein toller Standort, an dem es Spaß macht, zu arbeiten und den man hier führen darf.“ (Die Macher, Ausgabe 2/2015).³¹

„Das Einzigartige am Standort ist die Flexibilität“

Dies beweist, dass bei einem fairen Interessensausgleich zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern genügend Flexibilität der Arbeitszeitregelung möglich ist.

Beim Autoscheinwerferhersteller ZKW in Wieselburg mit mehr als 2000 Mitarbeitern, 700 davon in der Forschung, sind die Schichtmodelle nicht ganz so ausgefeilt. „Wir haben Phasen, in denen zwölf Stunden pro Tag gearbeitet wird, aber ab acht Stunden gibt es Zuschläge“, sagt Angestellten-Betriebsrat Alfred Walter. Bei einer gesetzlichen Höchstarbeitszeit von zwölf Stunden würden Mitarbeiter rund 1400 Euro im Jahr verlieren. „Es soll nicht so sein, dass wir immer mehr arbeiten und weniger verdienen“(Salzburger Nachrichten, 29.8. 2013).

Mit dem Kollektivvertragsabschluss Ende Oktober 2015 ist die Gewerkschaft den Arbeitgeberforderungen entgegengekommen. Die Produktionsgewerkschaft PRO-GE, die GPA-djp und der Fachverband der Maschinen- und Metallwarenindustrie (FMMI) vereinbarten ein neues Arbeitszeitmodell im Kollektivvertrag. Für die Anwendung ist eine Betriebsvereinbarung notwendig. Das neue Modell sieht grundsätzlich ein Zeitkonto mit maximal 167 Stunden vor. Die dafür geltenden Zeitzuschläge zu Gunsten der Arbeitnehmer steigen, je mehr Stunden in dieses Zeitkonto eingebracht werden: Sie betragen 10 Prozent von der 61. bis zur 100. Stunde und 20 Prozent von der 101. bis zur 167. Stunde (keine Zuschläge gibt es bis zur 60. Stunde). Neu ist, dass diese Zeitzuschläge künftig in einem eigenen Zuschlagskonto gesammelt werden. Deren Verbrauch bestimmt der Arbeitnehmer. Der Durchrechnungszeitraum beträgt ein Kalenderjahr. Bis zu 40 Stunden können in den nächsten Durchrechnungszeitraum übertragen werden. Alle anderen Stunden des Zeitkontos müssen entweder konsumiert oder ausbezahlt werden.³²

6. Standortpolitischer Handlungsbedarf

Es gibt einen standortpolitischen Handlungsbedarf. Die Prioritäten liegen aber für Österreich weder bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit noch bei den Lohnnebenkosten oder den Steuern. Interessanterweise finden sich in den Standortrankings des World Economic Forums und des IMD Länder wie Schweden, Dänemark, Finnland und die Niederlande vor Österreich, obwohl diese eine höhere Steuerquote und auch höhere Arbeitskosten in der Industrie aufweisen. Aber es bedarf nicht dieser Studien, um zu wissen, dass Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit von anderen Faktoren viel stärker bestimmt werden. In den höher

entwickelten Industrieländern geht es primär nicht um die preisliche Konkurrenzfähigkeit hinsichtlich der Arbeitskosten und als Teil dieser der Lohnnebenkosten. Diese Wettbewerbsfähigkeit ist für Österreich, wie nachgewiesen wurde, gegeben. Sie ist aber zu wenig. Entscheidend ist die Leistungsfähigkeit des Produktions- und Innovationssystems einer Volkswirtschaft. Diese Leistungsfähigkeit wird in den Industriegesellschaften von der beruflichen Qualifikation sowie Forschung und Innovation bestimmt. Diese beiden Bereiche sind eng miteinander verbunden.

entscheidend ist die Leistungsfähigkeit des Produktions- und Innovationssystems

6.1 Berufliche Bildung

Die optimale Qualifizierung der Menschen ist für jede entwickelte Industriegesellschaft von zentraler Bedeutung. Sie entscheidet nicht nur über Arbeit und Einkommen des Einzelnen, sondern auch über die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, Regionen und Staaten. Es geht darum, das vorhandene kreative Potenzial an „Humankapital“ optimal zu entwickeln und einzusetzen. Für die Standortpolitik wichtig erscheint dabei die Priorität für Technik und Wissenschaft. Dabei geht es um die Weckung des Interesses an der Technik, die vermehrte Erschließung neuer Zielgruppen (Frauen, Migranten ...), die Aufwertung der dualen Ausbildung und der Facharbeit und den Ausbau der technisch-naturwissenschaftlichen Bildungsinfrastruktur (HTL, Fachhochschulen, Universitäten). Insbesondere hinsichtlich des universitären Angebots besteht in Oberösterreich ein erheblicher Aufholbedarf. Die duale Berufsausbildung, aber auch die HTLs sind besondere Standortvorteile. Österreich ist diesbezüglich Vorbild für viele Länder.

kreatives Potenzial des „Humankapitals“ optimal entwickeln und einsetzen

Österreich gibt relativ viel für sein Bildungssystem aus. Die Effizienz muss durch mutige Reformen erhöht werden.

In der internationalen Vergleichsanalyse „Human Capital Index“ 2015 belegt Österreich den elften Rang. Für den Index hat das World Economic Forum in Zusammenarbeit mit Mercer die Situation auf dem Arbeitsmarkt hinsichtlich 46 Faktoren in den Bereichen Bildung, Qualifikation und Beschäftigung in 124 Ländern untersucht.³³

Im Spitzenfeld finden sich die skandinavischen Länder: Finnland, Norwegen, Schweiz, Kanada, Japan, Schweden, Dänemark. Deutschland ist überraschenderweise nur auf Rang 22.

6.2 Wissens-, Forschungs- und Innovationsbasis

Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Technik und Innovation sind Schlüsselbereiche für Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand sowie die Lösung der Probleme der Menschheit: Hunger, Armut, Umweltbelastung, Energieversorgung und Krankheit.

Österreich liegt hinsichtlich der Qualität seines Innovationssystems im vorderen Mittelfeld. Vor allem viele Unternehmungen zählen in den jeweiligen Marktsegmenten und Nischen zu den Technologieführern.

Die Cornell University New York, die Business School INSEAD und die „World Intellectual Property Organisation WIPO“ haben im September 2015 den „Global Innovation Index – GII“ veröffentlicht.³⁴

Die „Innovation Performance“ wurde für 141 Länder rund um den Globus auf Grundlage von 79 Indikatoren berechnet. Österreich liegt auf dem 18. Rang. Die Spitzenplätze nehmen ein:

Schweiz (1), UK (2), Schweden (3), Niederlande (4), USA (5), Finnland (6), Singapur (7), Irland (8), Luxemburg (9), Dänemark (10), Hong Kong (11), Deutschland (12). Überraschend und zu hinterfragen wäre die gute Position von Großbritannien.

In einem globalen Innovationsranking des Finanznachrichtendienstes Bloomberg belegt Österreich den 17. Rang von 50 Nationen. Am innovationsfreundlichsten ist demnach Südkorea. Japan (im GII nur 19.) und Deutschland (im GII 12.) belegen die Plätze 2 und 3, gefolgt von Finnland, Israel und den USA.³⁵

In der Unterkategorie Fertigungsprozesse liegt Österreich auf dem 5. Platz, im Bereich Hightech-Firmen dagegen nur auf Rang 36. Anhand von sechs Kategorien hat Bloomberg die Länder eingestuft, was ihr Innovationspotenzial betrifft. Dazu zählten etwa die Ausgaben der Staaten für Forschung und Entwicklung (F&E), wo sich Österreich unter den Top-10 (Rang 9) befand. Am besten schnitten hier Südkorea, Israel und Finnland ab.

Bei der Fertigungstechnik (Produktionsprozesse) lagen nur die Schweiz, Irland, Singapur und Deutschland vor Österreich.

Bei der Forscherdichte lag Österreich auf Platz 12, bei der Patentaktivität auf Platz 14 und in der Kategorie Bildung – gemessen wurden hier u. a. die Akademikerquote und der Anteil von Naturwissenschaftlern und Ingenieuren – lediglich auf Platz 26. Bei diesen Vergleichen ist eine sehr positive österreichische Besonderheit, nämlich die Absolventen von Höheren Technischen Lehranstalten, nicht berücksichtigt. Aber auch dieser mit weniger Indikatoren ermittelte Index enthält fragwürdige Ergebnisse. So liegt Russland vor der Schweiz und Österreich an der 14. Stelle (Bloomberg Innovation Index 2015).

6.3 Kultur der Ermöglichung, Unternehmensgründung, Regulierung

Zweifellos bedarf es einer positiven Industriegesinnung der Bevölkerung und der Politik zur Förderung der Gründung und Entwicklung von Unternehmen. Wir brauchen eine Kultur der Ermöglichung an Stelle einer der Verhinderung. Hier gibt es Defizite. Es ist zu wenig Allgemeingut, dass Österreich ein Industrieland ist und diese Industrie wie kein anderer Wirtschaftsbereich über Beschäftigung und Wohlstand der „Söhne und Töchter“ des „vielgerühmten Österreich“ entscheidet. Umwelt-, Natur-, Wasser-, Denkmal- und Anrainerschutz sind wichtig. Es gibt aber noch immer zu viele Investitionsprojekte, die aus egoistischen Partikularinteressen verhindert oder verzögert werden. Auch wenn festzustellen ist, dass es bezüglich der Dauer notwendiger Genehmigungen für gewerbliche Investitionen in der Vergangenheit Fortschritte gegeben hat.

Industrie leistet wesentlichen Beitrag für Wohlstand und Beschäftigung

Unternehmensgründungen sind nach wie vor zeit- und kostenaufwendig. Es gibt ein Manko bei den Finanzierungsmöglichkeiten, und oft verhindern bestehende Unternehmen das Eindringen neuer Anbieter.

Die Weltbank veröffentlicht jährlich einen Bericht – zuletzt publiziert Ende Oktober 2014 – mit dem Titel „Doing Business 2015 – Going Beyond Efficiency“.³⁶ Kritisch wird im Vorwort angemerkt, dass wirtschaftliche Effizienz nicht der einzige Maßstab für die Beurteilung des Entwicklungsstandes einer Wirtschaft sein kann. „Die meisten von uns bewerten den Abbau von Ungleichheit zwischen den Menschen, ein besseres Gesundheits- und Bildungswesen, Literatur und Kunst höher als „the ease of doing business“.

Der Bericht 2015 wurde für 189 Länder erstellt. Die ersten 12 Länder sind:

Singapur, Neuseeland, Hong Kong, Dänemark, Korea, Norwegen, USA, UK, Finnland, Australien, Schweden, Island, Irland, Deutschland. Österreich liegt auf Rang 21.

Tabelle 11: Für die einzelnen Indikatorengruppen wurden für Österreich und ausgewählte Länder folgende Rankings ausgewiesen:

	A	D	DK	Finnl.	S
Insgesamt	21	14	4	9	11
Unternehmensgründung	101	114	25	27	32
Baugenehmigungen	78	8	5	33	18
Elektrizitätsversorgung	24	3	14	33	7
Registrierung von Eigentumsrechten	35	89	8	38	18
Finanzierung	52	23	23	36	61
Investorenschutz	32	51	17	76	32
Steuern	72	68	12	21	35
Außenhandel	19	18	7	14	4
Vertragssicherheit	5	13	34	17	21
Insolvenzregelung	16	3	9	1	17

Quelle: Weltbank, Doing Business 2015 – Going Beyond Efficiency, Washington, Oktober 2014.

Anmerkungen:

1. Börse Express. <http://www.boerse-express.com/pages/1591346>
2. Scheiblecker, M.: Österreichs Wirtschaft im Rückstand?, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Presseinformation, Wien 6. Juli 2015.
3. Schröder, C.: Produktivität und Lohnstückkosten der Industrie im internationalen Vergleich, IW Trends 4/2014, Institut der deutschen Wirtschaft Köln.
4. http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/newsletter/4824351/Spatenstich_AMAG-investiert-in-Ranshofen-hunderte-Millionen
5. Wirtschaftsmagazin Die Macher, Drehmomente mit Gerhard Wölfel, Juni 2015.
6. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.4.2014. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/voestalpine-chef-wolfgang-eder-stellt-standort-oesterreich-in-frage-12901399.htm>
7. Die Welt, 29.7.2015. <http://www.welt.de/wirtschaft/article144551007/Stahlin-dustrie-fuehlt-sich-in-Europa-unerwünscht.html>
8. voestalpine, Website
9. APA Finance, Wiener Börse, Oktober 2015. <http://kurse.wienerbourse.at/tele>

- data_php/prices/popup_apa_news.php?ID_NEWS=415439690
10. OÖ Nachrichten, 24.5.2013. <http://www.nachrichten.at/nachrichten/wirtschaft/wirtschaftsraumooe/Pierer-Mattighofen-ist-Europas-bester-Fertigungsstandort;art467,1127136>
 11. Der Standard, 21. August 2013, Website. <http://derstandard.at/1376534210081/Leitl-Oesterreich-ist-abgesandelt>
 12. WKO advantageaustria, Website. http://www.advantageaustria.org/international/zentral/business-guide-oesterreich/investieren-in-oesterreich/standort-oesterreich/zahlen_fakten.de.html
 13. Präsident Leitl, WKO, Pressemitteilung 1. Juli 2015. https://www.wko.at/Content.Node/iv/presse/wkoe_presse/presseaussendungen/pwk_509_15_WKOe:-Export-All-time-high-auch-2015-mit-ueber-.html
 14. ORF Website, 11.4. 2014 <http://ooe.orf.at/news/stories/2641328/>
 15. eurostat, Web. <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&plugin=1&language=de&pcode=tec00114>
 16. eurostat, Statistik Austria
 17. eurostat, Statistik Austria
 18. eurostat, Statistik Austria. file:///C:/Users/Manfred%20Eder/Downloads/bevoelkerungsstand_in_der_europaeischen_union_und_sonstigen_ausgewaehnten_.pdf, <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tps00157&plugin=1> http://statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/wanderungen/wanderungen_mit_dem_ausland_aussenwanderungen/index.html
 19. eurostat. <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&pcode=tsdec450&language=de>
 20. Statistik Austria. file:///C:/Users/Manfred%20Eder/Downloads/ergebnisse_im_ueberblick_unselbstaendig_erwerbstaetige%20(1).pdf Statistisches Bundesamt Deutschland, destatis, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/LangeReihen/Arbeitsmarkt/Irerw011.html;jsessionid=7AC0622CB021989C70F71757D798F93B.cae3>
 21. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung: Österreichs Wirtschaft im Rückstand?, Presseaussendung, 5.7. 2015 und Monatsberichte 2015, 88(6), S. 497ff. http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20150707_OTS0016/oesterreichs-wirtschaft-im-rueckstand, http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=58236&mime_type=application/pdf
 22. Institut der deutschen Wirtschaft: Die Messung der industriellen Standortqualität in Deutschland, Köln, September 2012. <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/Studien/messung-industrielle-standortqualitaet-in-deutschland,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>
 23. IMD: World Competitiveness Yearbook 2015, <http://www.imd.org/uupload/imd.website/wcc/scoreboard.pdf>, WEF - World Economic Forum: The Global Competitiveness Report 2015-2016. <http://reports.weforum.org/global-competitiveness-report-2015-2016/competitiveness-rankings/>
 24. OECD Renten auf einen Blick 2013. http://www.oecd-ilibrary.org/finance-and-investment/renten-auf-einen-blick-2013-oecd-und-g20-lander-indikatoren_pension_glance-2013-de
 25. Deloitte „2013 Global Manufacturing Competitiveness Index“. http://www2.deloitte.com/content/dam/Deloitte/global/Documents/Manufacturing/gx_2013%20Global%20Manufacturing%20Competitiveness%20Index_11_15_12.pdf
 26. WEF, siehe oben, S. 102f.
 27. Bundesministerium der Finanzen: Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich, Stand 31. Dezember 2014, Berlin, Mai 2015, S. 20. <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/Studien/messung-industrielle-standortqualitaet-in-deutschland,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>

28. Schröder, C: Produktivität und Lohnstückkosten in der Industrie im internationalen Vergleich, IW Trends 4/2014, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln. <http://www.iwkoeln.de/studien/iw-trends/beitrag/christoph-schroeder-an-international-comparison-of-productivity-and-unit-labour-costs-in-manufacturing-industry-206400>; Schröder, C: Industrielle Arbeitskosten im internationalen Vergleich, IW Trends 4/2014, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln. <http://www.iwkoeln.de/studien/iw-trends/beitrag/christoph-schroeder-industrial-labour-costs-an-international-comparison-200558>
29. Bundesministerium für Finanzen, Website. <https://www.bmf.gv.at/services/berechnungsprogramme/berechnungsprogramme.html>
30. Angelo, Silvia: Arbeitszeitflexibilisierung – brauchen wir den 12-Stunden-Tag?, 27. September 2013. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/arbeitszeitflexibilisierung-brauchen-wir-den-12-stunden-tag/>
31. Die Macher, a.a.o.
32. PRO-GE, Homepage, http://www.proge.at/servlet,ContentServer?pagename=P01/Page/Index&n=P01_4.a&cid=1445480108697
33. World Economic Forum, Mercer: Human Capital Report 2015. <http://reports.weforum.org/human-capital-report-2015/>
34. Cornell University, INSEAD, WIPO: The Global Innovation Index 2015, London September 2015. http://www.wipo.int/econ_stat/en/economics/gii/
35. Bloomberg, The Bloomberg Innovation Index, The 50 most innovative Countries, <http://www.bloomberg.com/graphics/2015-innovative-countries/>
36. Weltbank, Doing Business 2015, Washington 2015. <http://www.doingbusiness.org/-/media/GIAWB%20Doing%20Business/Documents/Annual-Reports/English/DB15-Full-Report.pdf>

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinandergesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
 Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
 Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.

AK
 Oberösterreich

BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
 Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz
 Tel. ++43/732/66 92 73
 Fax ++43/732/66 92 73-28 89
 E-Mail: wiso@isw-linz.at
 Internet: www.isw-linz.at